

Herausforderungen für die Altenpflege der Zukunft

Rasant ansteigender Bedarf an Pflegeplätzen, Fachkräftemangel und erschwerte Bedingungen für Investoren gefährden die Versorgungssicherheit

Bis zum Jahr 2030 wird es laut Prognosen voraussichtlich 720 000 zusätzliche Pflegebedürftige geben. Das stellt die Altenpflege vor große Herausforderungen: Bereits heute gibt es einen Mangel an qualifiziertem Personal und zu wenig Planungssicherheit für private Investoren. Regulatorische Vorgaben müssen abgebaut, die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert und die Möglichkeiten der Prävention in der (haus-)ärztlichen Versorgung ausgenutzt werden.

Kontakt: Prof. Dr. Ansgar Wübker, ✉ ansgar.wuebker@rwi-essen.de

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

Bis zum Jahr 2030 wird es zusätzlich bis zu 720 000 Pflegebedürftige geben und damit einen stark steigenden Bedarf nach ambulanten und stationären Pflegeplätzen

Bereits heute herrscht in der Altenpflege Fachkräftemangel aufgrund von fehlenden Qualifikationen, unfreiwilliger Teilzeitarbeit und einem hohen Krankenstand

Private Investitionen sind für die Versorgungssicherheit unerlässlich, werden aber durch politische Überregulierung erschwert

Was sind die größten Herausforderungen für die Altenpflege der Zukunft?

Die Menschen leben immer länger und mit dem größeren Anteil älterer Menschen nimmt auch der Pflegebedarf zu. Laut RWI-Prognosen wird es bis zum Jahr 2030 zusätzlich bis zu 720 000 Pflegebedürftige geben. Damit werden zwischen 145 000 und 320 000 neue stationäre Pflegeplätze gebraucht und entsprechend auch mehr Fachkräfte, die sich um die Pflegebedürftigen kümmern. Doch schon heute herrscht ein Mangel an qualifiziertem Personal und die gesetzliche Regulierung macht den Pflegebereich für private Investoren nicht besonders attraktiv.

Warum ist der Fachkräftemangel in der Pflege schon jetzt hoch?

Der Mangel entsteht zum Einen, weil nicht genügend entsprechendes Personal ausgebildet wurde, und zum Anderen, weil das vorhandene Potenzial nicht vollständig ausgeschöpft wird: In der stationären Pflege wurden in den vergangenen Jahren die Teilzeitarbeitsverhältnisse mehr als verdoppelt, während rund 7 800 Vollzeitstellen abgebaut wurden. Dies führt insbesondere in ostdeutschen Bundesländern oftmals zu unfreiwilliger Teilzeitarbeit. Problematisch sind überdies die im Branchenvergleich hohen krankheitsbedingten Fehl-

zeiten, insbesondere aufgrund von psychischen Erkrankungen, die auf strukturelle Probleme bei den Arbeitsbedingungen hindeuten. Zusätzlich ist die Anerkennung ausländischer Abschlüsse im Pflegebereich nicht bundesweit einheitlich geregelt; das macht es potenziellen Bewerbern unnötig schwer.

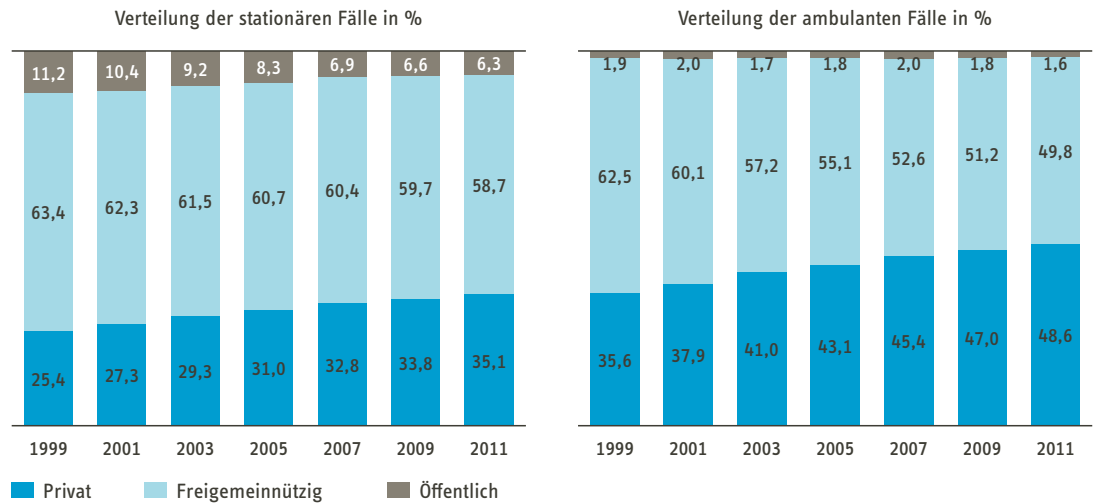
Wodurch werden private Investoren abgeschreckt?

Die Bedeutung von privaten Anbietern sowohl in der ambulanten als auch in der stationären Pflege nimmt kontinuierlich zu: 2011 wurden bereits 49% aller ambulanten und 35% aller stationären Pflegefälle von nicht-öffentlichen Versorgern betreut. Doch erschwert die Politik das Engagement privater Investoren durch immer neue Vorgaben wie etwa die aktuell beschlossenen Heimgesetze auf Länderebene und die vielen bundeslandspezifischen Regularien zur Entgeltabrechnung. Für Investoren sind solche sich oft verändernden Rahmenbedingungen Gift: Sie brauchen langfristige Planungssicherheit, wenn sie Kapital für größere Pflegeprojekte zur Verfügung stellen sollen. Da öffentliche Unternehmen in der Pflege kaum noch eine Rolle spielen, wird dieses dringend gebraucht, um die Versorgungssicherheit auch bei der absehbar steigenden Nachfrage weiter zu gewährleisten.

Quelle:

Der Anteil privater Versorger in der Altenpflege nimmt kontinuierlich zu

IEGUS und RWI (2015): Ökonomische Herausforderungen der Altenpflegewirtschaft. Endbericht. https://www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/rwi-projektberichte/rwi-pb_altenpflegewirtschaft_endbericht.pdf



Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Pflegestatistik (1999-2009, 2011).

Handlungsempfehlungen

- i Damit der Pflegebedarf erst möglichst spät im Leben eintritt, müssen vor allem Folgeschäden von Krankheiten vermieden werden. Dies kann u.a. erreicht werden, indem Krankenhausaufenthalte durch eine bessere (haus-)ärztliche Versorgung vermieden werden und die Rehabilitation Vorrang vor der Pflege hat.
- i Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, sollte das Pflegepersonal abseits der Pflegedokumentation von Bürokratie entlastet werden. Mehr Vollzeitarbeitsplätze und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, u.a. durch Betriebskindergärten und flexiblere Arbeitszeiten, sind zwei weitere wichtige Maßnahmen.
- i Dem Fachkräftemangel muss begegnet werden, indem u.a. entsprechendes Personal ausgebildet und bezüglich der Berufsgruppen und des Qualifikationsniveaus flexibler zugelassen wird. Auch sollte nach dem Vorbild Niedersachsens eine Ausbildung zur Pflegeassistentin in allen Bundesländern eingerichtet und das Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse bundesweit vereinheitlicht werden.
- i Damit private Investoren nicht abgeschreckt werden, sollten die rechtlichen Vorgaben auf das absolut Notwendige begrenzt bleiben und zum Beispiel keine weiteren Einzelschriften zu Einrichtungsgrößen und Zimmerausstattung erlassen werden.

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)
 Hohenzollernstr. 1-3
 45128 Essen
 Fon: +49 (0) 201-8149-0
 Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Redaktion:
 Katja Fels

Layout und Design:
 Daniela Schwindt

Alle Rechte vorbehalten
 Essen 2015
 Stand: Oktober 2015